

Protokoll:

Rm Lehmkuhler (SPD) äußert, dass er eine mediale Würdigung der Gebührensenkung erwarte. Handele es sich um eine Gebührenerhöhung gäbe es eine Vielzahl an Artikeln, sodass nun auch über eine Gebührensenkung entsprechend berichtet werden sollte. Es sei nach wie vor, weniger in Koblenz, oft die Rede davon, dass die Kommunen angesichts der prekären Haushaltslage, ihre Haushalte durch Gebührenerhöhungen sanieren würden. Dies sei für Koblenz fachlich falsch, da es sich vorliegend ausschließlich um einen separaten Gebührenhaushalt handele. Dies solle in den Medien entsprechend dargestellt werden.

Er würdigt die Leistung des Kommunalen Servicebetriebes und weist darauf hin, dass im Jahr 2012 trotz moderater Gebühren ein Überschuss i.H.v. 405.000 € im Bereich der Abfallentsorgung erwirtschaftet worden sei.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen sind die Antragsteller einverstanden.

Rm Schupp (FDP) bezeichnet die Antragstellung durch die beiden antragstellenden Fraktionen als unredlich, da diese in der Zweckverbandsversammlung des Deponiezweckverbandes vertreten seien und dadurch vor den übrigen Fraktionen über die Senkung der Umlage informiert gewesen seien.

Dem stimmt Rm Hömberger (BIZ) zu und merkt an, dass sie eine gemeinsam Beschlussfassung in dieser Angelegenheit im Werkausschuss des Kommunalen Servicebetriebes begrüßt hätte.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich seinen Vorrednern an.